

Unterschriftenquoren zwischen Parteienstaat und Selbstverwaltung

**Die Rechtsprechung zum
kommunalen Wahlvorschlagsrecht**

Von

Dr. Joachim Lege



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
I. Die Wahlrechtsgrundsätze im kommunalen Wahlvorschlagsrecht	11
1. Geltung der Wahlrechtsgrundsätze auch für die Wahlvorbereitung, insbesondere das Wahlvorschlagsrecht	11
2. Die Geltungsgrundlagen der Wahlrechtsgrundsätze im Kommunalwahlrecht	11
a) Landesrecht	12
b) Art. 28 I 2 GG in „objektiven“ Verfahren	12
c) Art. 3 I GG im Verfassungsbeschwerdeverfahren	13
d) Verschiedene Geltungsgrundlagen — verschiedene Prüfungsmaßstäbe?	16
e) Zusammenfassung	17
3. Die Wahlrechtsgrundsätze im einzelnen	17
a) Wahlgleichheit	18
b) Wahlgeheimnis	19
c) Allgemeinheit der Wahl	19
d) Freiheit der Wahl	20
II. Die Einschränkung der Wahlrechtsgrundsätze	21
1. Enger Spielraum des Gesetzgebers	21
2. Das Spannungsverhältnis zwischen Art. 21 und Art. 28 II GG	23
3. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	25
III. Die Legitimität der Ziele von Beschränkungen des Wahlvorschlagsrechts	26
1. Praktikabilität des „Wahlgeschäfts“	26
2. Zulassung nur ernsthafter Vorschläge?	26
3. Verhinderung der Stimmenzersplitterung?	28
4. Funktionsfähigkeit der Vertretungskörperschaften?	30

a) Funktionsfähigkeit im kommunalen Bereich	30
b) Drohende Störung der Funktionsfähigkeit?	31
c) Zusammenfassung	33
5. Nicht: Verhinderung der Stimmenvergeudung	33
6. Illegitim: Privilegierung der Etablierten	34
7. Zusammenfassung	35
IV. Die Rechtfertigung von Eingriffen in das Wahlvorschlagsrecht	36
1. Differenzierungen zwischen verschiedenen Bewerbern	36
a) Die Differenzierung zwischen „etablierten“ und „neuen“ Bewerbern	36
b) Differenzierung zwischen verschiedenen Bewerbern „als solchen“	39
c) Stellungnahme	41
2. Unterschriftenquoten	41
a) Höhe der Quorums	43
aa) Die Rechtsprechung	43
bb) Die Vielfalt der Regelungen	44
cc) Die Suche nach Grenzwerten	45
b) Formvorschriften	47
c) Fristen	49
d) Zusätzliche Quoren in der Aufstellungsversammlung	49
e) Verhältnismäßigkeit der Gesamtregelung	49
f) Beachtlichkeit von Sperrklauseln?	50
V. Prozessuales	51
1. Bundes- und Landesverfassungsrecht	51
2. Politische Parteien: Verfassungsbeschwerde oder Organstreit?	51
Schlußbemerkung	53
Anhang A: Zusammenstellung der Judikatur	54
Anhang B: Übersicht über die landesrechtlichen Regelungen	64